



Sandra Selg, Fraktionsvorsitzende SWG  
Ziegelofenweg 7, 67346 Speyer

[Sandra.Selg@swg-speyer.de](mailto:Sandra.Selg@swg-speyer.de)  
[www.swg-speyer.de](http://www.swg-speyer.de)

Herrn Oberbürgermeister Eger  
Maximilianstr. 100  
67346 Speyer

07.06.2018

### **Erstaufnahme Speyer - Anfrage für die Sitzung des Stadtrates am 19. Juni 2018**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

die Speyerer Wählergruppe (SWG) steht für eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Speyer. Ebenso für eine Erstaufnahme, wenn die Entscheidung des Landes aufgrund nachvollziehbarer Fakten getroffen wurde. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand der SWG ist das nicht der Fall. Zu folgendem Sachverhalt haben wir Fragen, um deren Beantwortung wir Sie bitten:

In der Sitzung des Ausschusses für Konversion der Stadt Speyer am 28. September 2017 informierten Sie erstmals über die Entscheidung des Landes, den Standort Speyer zu einer Erstaufnahmeeinrichtung auszubauen. Darüber, ob diese Entscheidung alternativlos ist, wurde bisher nicht informiert. Auf Anregung der SWG fand am 17. Mai 2018 in der AfA erstmals eine Informationsveranstaltung seitens der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD) für die Fraktionssprecher des Rates statt. Überraschend für die SWG war die Information der ADD, dass bei der Standortentscheidung der mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) erarbeitete Speyerer Masterplan für Konversion nicht oder nur unvollkommen bekannt war. Mit diesem Masterplan wurden die Grundsätze zur Nachnutzung des 23,9 ha großen Geländes der Kurzpfalz-Kaserne – behutsame Wohnentwicklung, Gewerbe - festgelegt. Im Laufe des Gesprächs am 17. Mai wurde die Heinrich-Hertz- Kaserne mit einer Gesamtfläche von 23,4 ha in Birkenfeld erwähnt. Auf dem Gelände befinden sich insgesamt 35 Bestandsgebäude, die überwiegend in den 1960er Jahren erbaut, inzwischen teilweise saniert wurden und sich nach Aussage der BImA in einem guten Zustand befinden.

Im Gegensatz zum bestehenden Konversionsplan in Speyer, hat die Stadt Birkenfeld bis heute keine Idee, was mit dem Gelände der Heinrich-Hertz-Kaserne geschehen soll. Birkenfelds Stadtbürgermeister Mirosław Kowalski bedauerte daher im Juni 2017 den nicht zustande gekommenen AfA-Vertrag mit dem Land. Auf Nachfrage räumte die Vizepräsidentin der ADD ein, dass sie von der Speyerer Konversionsplanung keine Kenntnis hatte, lediglich eine grobe Ahnung. Die SWG hält dieses Vorgehen für eine verfehlte Landesplanung, wenn Speyer eine vom Land geförderte Masterplanung vorweisen kann, aber in seiner Entwicklung nicht unterstützt wird, obwohl es eine sachliche Alternative in Birkenfeld gibt.

Der zuständige Referatsleiter der ADD, der gleichzeitig erster Beigeordneter der Stadt Birkenfeld ist, erklärte, dass die Sanierung der Kaserne in Birkenfeld für das Land einen höheren Aufwand bedeutet hätte, informierte aber gleichzeitig darüber, dass in Speyer in drei Bauabschnitten ebenfalls über 2 Mio. Euro investiert werden müssen.

Die vom Stadtrat beauftragte Masterplanung Konversion kommt zu dem Ergebnis, dass im Bereich der Kurpfalz-Kaserne ein Impuls für die gesamte Stadtentwicklung zu sehen ist, sowie die Chance der Generierung eines neuen, attraktiven Stadteingangs Nord. Mit der Erstaufnahmeeinrichtung an gleicher Stelle lässt sich die Planung nur zum Teil verwirklichen. Deshalb bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Zu welchem Zeitpunkt erfolgte die Aufgabeerklärung der Kurpfalz-Kaserne durch die Bundesministerin der Verteidigung?
2. Wann und in welcher Form wurde die Verwaltung von der Entscheidung des Landes, den Standort Speyer zu einer Erstaufnahmeeinrichtung auszubauen, informiert?
3. Wurde die Verwaltung über die Entscheidungsgründe des Landes, die Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer einzurichten, in Kenntnis gesetzt? Welche Gründe wurden angeführt?
4. Ist der Verwaltung bekannt, dass in Birkenfeld ein Kasernengelände gleicher Größe und ähnlichem Bestand als Alternative zur Verfügung steht?
5. Hat die Verwaltung das Land über den Masterplan Konversion, die Planungen zur städtebaulichen Entwicklung auf dem Gelände der Kurpfalz-Kaserne und den hohen Bedarf an neuem Wohnraum in Speyer in Kenntnis gesetzt?



6. Mit dem Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen wurde in die kommunale Planungshoheit eingegriffen. Da Speyer einen Masterplan für Konversion vorweisen kann und die Kaserne in Birkenfeld auf den ersten Blick gleich geeignet scheint, sollte eine Abwägung des Landes, zwischen der Dringlichkeit und Bedeutung der Flüchtlingsunterbringung und der Beeinträchtigung der Speyerer Planungshoheit stattgefunden haben. Ist der Verwaltung das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses bekannt gegeben worden?

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Selg (Fraktionsvorsitzende) und Dr. Sarah Mang-Schäfer (stellv. Fraktionsvorsitzende)

eingegangen per E-Mail